



Grüne Zeitung NRW

Infos aus dem  
Landesverband

# Teilhabe und Gerechtigkeit

## Chancengleichheit durch Bildung und soziale Sicherung

### Zukunftskongress in Remscheid am 1.3.2008

„Wenn du Frieden willst, Sorge für Gerechtigkeit“ – so lautet eine Weisheit aus der Antike. Diese gilt damals wie heute, auch wenn sie heute ins Wanken zu geraten scheint. Seit Bestehen der Bundesrepublik haben noch nie so wenig Befragte in Umfragen erklärt, sie hielten die sozialen Verhältnisse in Deutschland für gerecht. Somit überrascht nicht wirklich, dass Fragen von Teilhabe und Gerechtigkeit zu den politischen Themen gehören, die die Menschen derzeit am meisten beschäftigen. Das belegen Analysen zu den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg. Das belegen aber auch die aktuellen Tarifkonflikte, die Diskussion um Managergehälter oder die Liechtensteinaffäre

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Es ist zudem eine Tendenz zur regionalen Polarisierung von Armut und sozialen Ungleichheiten festzustellen: Großstädtische Regionen, vor allem das Ruhrgebiet, haben deutlich höhere Armutsquoten als ländliche Räume.

Gerechtigkeit und Teilhabe müssen Leitlinien auf allen politischen Ebenen werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Veränderungen für den Ausbildungsmarkt, der gesetzliche Mindestlohn und Veränderungen in der Familien- und Kinderpolitik sind dabei wichtige Instrumente. Die weitere Zersplitterung unserer Gesellschaft auch durch die Veränderungen bei traditionellen Formen der gegenseitigen Solidarität wie Familie und Nachbarschaft müssen aufgefangen werden.

Gerechtigkeit und Teilhabe betreffen aber nicht nur die Verteilung von Geld, sondern vor allem Chancengleichheit durch Bildung. Unser Bildungssystem zementiert die vorhandenen Chancenungleichheiten. Bildung ist aber der Schlüssel zu Teilhabe und Gerechtigkeit. Deshalb muss vor allem hier der Hebel angesetzt werden. Wir brauchen ein System, das allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnet.

Und Teilhabe und Gerechtigkeit betreffen auch unsere Systeme der sozialen Absicherung: Die Frage der Weiterent-

wicklung der Grünen Grundsicherung, mit der wir uns im vergangenen Jahr auf unserer Landesdelegierten- sowie Bundesdelegiertenkonferenz beschäftigt haben, die Frage von Bürgerversicherungen oder Änderungen im Rentensystem.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen hat der Zukunftskongress „Teilhabe und Gerechtigkeit“ wichtige Ansätze und Lösungen für eine zukunftsorientierte und moderne Grüne Politik aufgezeigt.

*Daniela Schneckeburger,  
Arndt Klocke,  
Landesvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen NRW*

#### Termine 2008

- 12./13.4. Landesdelegiertenkonferenz im Ökozentrum Hamm
- 21.–30.4. Klima-Aktionstage der Grünen
- 24.5. Frauenforum der NRW-Grünen



## Auftaktpodium

# Wie viel Ungerechtigkeit verträgt unsere Gesellschaft?



**Dr. Uwe Becker:**  
*Es ist ein alltäglicher Skandal: das fünft reichste Land der Welt leistet sich seit Dekaden Armutsvervetigung und -verfestigung.*

**Hans Georg Crone-Erdmann:**  
*Insgesamt wäre mehr Partizipation der Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensumstände wünschenswert.*



**Arndt Klocke:**  
*Studiengebühren führen zu weniger Teilhabe. Deshalb müssen sie abgeschafft werden.*

**Guntram Schneider:**  
*Ich will das Gymnasium für alle!*



Es ist ein Skandal, stellte Dr. Uwe Becker, Geschäftsführer der Diakonischen Werke NRW, zu Beginn der Diskussion fest, dass das Deutschland sich als fünftreichstes Land der Welt seit Jahrzehnten eine Armutsvervetigung und –verfestigung leistet – und das auch bei Kindern. Erwerbsarbeit integriert nicht alle, das Einkommen ist in Hunderttausenden Fällen nicht Existenz sichernd, die Schuldenstände pro Kopf steigen, um nur einige Punkte zu nennen weshalb sich Becker und seine Mitdiskutanten Guntram Schneider (DGB NRW), Hans-Georg Crone-Erdmann (IHK NRW) und Arndt Klocke (Grüne) einig waren: In dieser Gesellschaft gibt es tatsächlich eine ganze Reihe von Punkten, die Ungerechtigkeit fühlbar machen. Und so bezog sich Moderatorin Sylvia Löhrmann (Vorsitzende Grüne Landtagsfraktion) in ihrem Eingangsstatement auf Bertelsmannstudien, wonach BürgerInnen sagten, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe. Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht mittlerweile bis tief in die Mitte der Gesellschaft. An vielen Menschen zieht der Aufschwung vorbei.

### Wege aus der „Ungerechtigkeitsfalle“

Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe und Gerechtigkeit – darin waren sich alle einig. Wir müssen denselben Bildungszugang für alle schaffen und dies auf einem höheren Bildungsniveau. Guntram Schneider brachte es auf die Formel: „Ich will ein Gymnasium für alle!“. Ganz so weit will die Wirtschaft nicht gehen, aber auch sie machte klar, dass die Eröffnung von gleichen Bildungschancen für jeden die derzeit wichtigste Herausforderung sei. Arndt Klocke unterstrich die Grüne Forderung, die Studiengebühren schnellstmöglich wieder abzuschaffen. Angesichts sinkender Studierendenzahlen und eines fehlendes breiten Stipendiensystems sei dies die einzig richtige Konsequenz.

Die Mitbestimmung war ebenfalls ein zentraler Begriff in der Diskussion. Während sich Guntram Schneider vor dem aktuellen Hintergrund der Nokia-Werksschließung in Bochum ein Vetorecht von ArbeitnehmerInnen wünscht, sagt Hans Georg Crone-Erdmann: Betriebe sollten nicht direktiv von oben, sondern kreativ mit allen MitarbeiterInnen weiter entwickelt werden. Kreativität bleibe nämlich heute auf der Strecke.

Wer über Ungerechtigkeit in der Gesellschaft diskutiert, kommt natürlich auch am Mindestlohn nicht vorbei. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, sagte Arndt Klocke. Und Guntram Schneider: Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro ist bescheiden, aber sinnvoll. Nicht abwegig, aber: Für einen Mindestlohn müssen die Sozialpartner sorgen, hielt die Wirtschaft entgegen.

Arndt Klocke verwies abschließend auf den Beschluss der Nürnberger BDK zur Grundsicherung und hob die Punkte hervor, die kurzfristig für mehr Gerechtigkeit und gegen Armut umgesetzt werden müssen. Zentral sei hierbei die Erhöhung der Regelsätze auf 420,- Euro pro Monat. Und bei allen Handlungsfeldern auf der staatlichen Ebene kommt es auch auf die Kommunen an. Denn auf der staatlichen Ebene müssen die Räume geschaffen werden, die Politik vor Ort gestalten kann.

# Die Workshops

## Workshop A1: Jedes Kind zählt! Bildungsgerechtigkeit für alle.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass ein Ausbau der individuellen Förderung Vorrang habe. Jedem Kind müsse Gelegenheit gegeben werden, von Geburt an seine Potentiale zu entwickeln. Ein anregungsreiches Umfeld und entsprechend gestaltete Sozialräume seien unabdingbar. „No child left behind“ war einer der Schlüsselsätze der Diskussion. Stichpunkte:

- Stärkere Integration der Familien in die Bildungsgänge
- Reform der LehrerInnenausbildung hin zur Vermittlung von mehr sozialer Kompetenz
- Umschichtung der Haushaltspolitik mit Priorisierung aller Aspekte der Bildungspolitik
- Mehr Vertrauen in die Sozialen Hilfsorganisationen schaffen
- Betreuung der Kinder, wie in England, möglichst schon „vor der Geburt“
- Gute Beispiele vor Ort in die Fläche tragen: Eine Kita-Initiative in Essen hat sich mit der Arge zusammengeslossen. Seither holen arbeitslose Busfahrer die Kinder aus Problemreichen ab und die Kinder nehmen regelmäßig an den Betreuungsangeboten der Kita teil.

## Workshop A2: Ausbildung für alle? Rechte - Pflichten – Aufgaben

Die einen sehen in der Ausbildungsumlage ein „sinnvolles, relativ unbürokratisches Instrument“, andere geben zu bedenken, das Geld werde zu oft von der falschen Gruppe abgeschöpft. Kai Gehring konstatiert, dass es in der Frage noch keine abschließende Positionierung in der Bundestagsfraktion gebe. Stichpunkte:

- Betriebe, die ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge besonders berücksichtigen.
- Ausbildung rechnet sich. Die Kosten im ersten Lehrjahr haben sich im dritten Lehrjahr amortisiert.
- Weg vom negativen Image! Stichwort: „Ausbildung ist sexy“.
- Die Ausbildung ist oftmals zu aufgebläht und muss entschlackt werden
- Die öffentliche Hand bildet zu wenig und zu wenig zukunftsorientiert aus
- Der Ausbildungsmarkt ist in seiner Komplexität zu unüberschaubar. Es gilt, ihn transparenter zu machen und die Informationen über die Vielfalt der Berufe zu verbessern.
- Die Produktionsschule als eine arbeitsplatznahe Schulform, durch die Jugendliche besser integriert und an die Ausbildung herangeführt werden können

## Workshop B 1: Abschied von Bismarck? Demografie und Soziale Sicherung

Einig war sich das Podium in der Einschätzung, dass nicht nur die demografische Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme vor Probleme stellen wird. Armutslöhne, unterbrochene Erwerbsbiografien – wie sie nicht nur Frauen sondern zunehmend auch Männer aufweisen – und Langzeitarbeitslosigkeit werden dazu führen, dass einerseits zu wenig Geld in der Rentenkasse ist und

andererseits ergänzend Grundsicherung bezogen werden muss. Dr. Ute Klammer warnte davor, ein höherer Steueranteil bei der Rente sei kein Allheilmittel. Sie plädierte für einen früheren Berufseinstieg und späteren –ausstieg und die Absicherung von Aus-Zeiten dazwischen zum Beispiel für Fürsorgearbeit. Guntram Schneider bezeichnete das 3-Säulen-Mo-

dell als „Capuccino“, da kleine Betriebe keine Betriebsrenten anbieten können und Riester verbindlich gestaltet werden müsse. Er könne sich einen flexiblen Übergang in die Rente vorstellen. Einig waren sich beide mit Andrea Asch, dass die Versicherungspflicht auf alle ausgedehnt werden müsse.

## Workshop B 2: Arm trotz Arbeit? Niedriglohn – Kombilohn – Mindestlohn

Ist Armut relativ? Zwar stellte Florian Gerster nicht die Zahlen, die Marlis Bredehorst für die ARGE der Stadt Köln präsentierte in Frage – die Zahl der AufstockerInnen wächst, die Größe der Bedarfsgemeinschaften wächst und die Zahl der Kinder, die Hartz IV beziehen, wächst –, behauptete aber, dass es Erwerbslosen in keinem anderen Land der Welt materiell so gut gehe wie in Deutschland. Und musste dann

doch Reinhard Bütikofer beipflichten, dass andere Länder wie zum Beispiel Dänemark es besser machen, indem sie nicht auf Transferleistungen setzen sondern in die Infrastruktur wie Kindertageseinrichtungen und Schulen investieren. Denn es geht darum, Zukunftschancen zu eröffnen.

Marlis Bredehorst plädierte dafür, dass der Staat bei Löhnen möglichst nicht ergänzen müsse. Florian Gerster

argumentierte, dass ein Mindestlohn, der über 7 Euro läge, Arbeitsplätze vernichte. Reinhard Bütikofer sprach sich für eine Doppelstrategie aus branchenspezifischen Mindestlöhnen und einer einheitlichen Untergrenze, die regelmäßig wie in England von einer Kommission überprüft und neu festgesetzt wird, aus.



# Das Abschlusspodium: Wie viel Gerechtigkeit erträgt der Markt? „Bemerkenswert“!



**Reinhard Bütikofer:**

*Auch der Sozialstaat ist keine fixe Größe und muss sich entwickeln. Eine Gesellschaft, die unter dem Druck der Globalisierung steht, wird das Soziale anders definieren müssen, als dies vor der Globalisierung geschah.*

*Auch der Sozialstaat ist keine fixe Größe und muss sich entwickeln. Eine Gesellschaft, die unter dem Druck der Globalisierung steht, wird das Soziale anders definieren müssen, als dies vor der Globalisierung geschah.*

**Nina Scheer:**

*Ein Mindestlohn, bei dem man auf den Staat zurückgreifen muss, ist eine Mogelpackung. Er muss das Existenzminimum sichern können, ohne dass weitere staatliche Unterstützungen nötig sind.*



**Florian Gerster:**

*Die Phantasie der Sozialpolitiker sich in soziale Milieus zu versetzen ist in einer Weise entwickelt, wie man sich das nur wünschen kann. Das Problem ist, dass die Empathie da aufhört, wo die Kleinverdiener beginnen, die nichts rauskriegen und die am System Bundesrepublik schon lange zweifeln.*



*Das Problem ist, dass die Empathie da aufhört, wo die Kleinverdiener beginnen, die nichts rauskriegen und die am System Bundesrepublik schon lange zweifeln.*



Das Schlusspodium, neben Florian Gerster und Reinhard Bütikofer besetzt mit Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, dem Bundesverband der Grünen Wirtschaft sowie dem Vizepräsident des NRW Landtages, Oliver Keymis, fokussierte inhaltlich maßgeblich noch einmal auf das Thema Mindestlohn, wobei die Trennungslinie zwischen Gerster und Bütikofer deutlich in den Vordergrund trat. Während Gerster eindeutig auf die Kräfte des Marktes vertraut und deutlich machte, dass er einen weit unter einem Mindestlohn liegenden Einstiegslohn für gerechtfertigt hält, widersprachen die beiden anderen RednerInnen dem vehement. Gerster argumentierte, es sei besser, einen sehr geringen Lohn in Kauf zu nehmen, anstelle durch überhöhte Lohnforderungen den Aufbau fester Arbeitsverhältnisse entweder zu behindern oder – wie im Falle PIN – zu zerstören.

Bütikofer, dessen Plädoyer für den Markt differenzierter ausfiel, entgegnete, eine emanzipatorische Sozialpolitik sei nur dann möglich, wenn die Freiheit des Marktes zugleich durch ökologische und soziale Standards flankiert und eingeschränkt werde, dazu gehöre auch der branchen- und regionalspezifisch differenzierte Mindestlohn.

Gerster gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass der Teil der Arbeitnehmerschaft, der in Niedriglohnsegmenten arbeite, unsere besondere Aufmerksamkeit verdiene. Er werde nicht in dem Maße unterstützt, wie dies bei sozial Schwachen geschehe. „Das Problem ist, dass die Empathie dort aufhört, wo die Kleinverdiener beginnen, die nichts mehr rauskriegen und die am System Deutschland schon lange zweifeln“. Hier sei der Boden für Extremismus. – „Dann sind 9,80 Euro also doch richtig!“, lautete die passende Antwort von Oliver Keymis, „mit Billiglöhnen kommen wir nicht raus aus der Kleinverdienerfalle!“

Dass die Frage in den gut 45 Minuten verbleibendem Podium nicht abschließend beantwortet wurde, verwundert nicht. Der Mindestlohn als eine maßgebliche Option Grüner Ordnungspolitik bleibt eine feste Größe Grüner Politik. Zum Schluss konnte auch Florian Gerster nicht umhin, der Grünen Diskussionskultur Beifall zu zollen. „Es ist gut, dass die Grünen so offen und streitbar diskutieren. Dass sie das freiwillig machen und auch wirklich diskutieren wollen, finde ich bemerkenswert.“

**Führend in der Sozialpolitik**

Mit der lebhaften Debatte, so die Landesvorsitzende Daniela Schneckenburger, haben die Grünen einmal mehr gezeigt, dass sie gerade im Bereich der Sozialpolitik neue und maßgebende Impulse setzen. Dass die Grünen sich die Zeit nähmen, derart in die Tiefe zu diskutieren und dies unter so großem öffentlichen Zuspruch

geschehe, zeige ihre Führungsrolle auch in der Sozialpolitik. Sie dankte dem neuen Regionalverband Niederrhein-Wupper, der mit diesem Zukunftskongress Maßstäbe gesetzt habe und sie freue sich bereits auf die Fortsetzung im September, wo der Bezirksverband Westfalen gerade einen Kongress zum „Thema Stadt · Land · Zukunft“ vorbereite.

